



## *Neugestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Abschaffung des Rundfunkbeitragssystems*

### *Antrag der Fraktion der AfD*

*- Drucksache 6/3106 -*

#### **Abgeordneter Brandner, AfD:**

Meine Damen und Herren! Herr Ramelow, schön, dass Sie auch einmal vorbeischauchen. Die Ehre wird uns ja nicht allzu oft zuteil. Herr Hoff ist auch schon weg. Ja, so ist das da.

(Heiterkeit AfD)

Herr Dr. Pidde, ich kann Ihre Frage gleich beantworten. Wie kann es sein, dass Sie über die AfD so viel finden? Das liegt daran, dass der Staatsfunk immer sehr viel Wert darauf legt, uns verzerrt darzustellen, uns verfälscht darzustellen und uns zu diffamieren. Genau deshalb hören so viel von der AfD.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es geht um Sie!)

Sie hören da ganz wenig im Staatsfunk, was wirklich neutral und objektiv ist. Damit dürfte die Frage beantwortet sein.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE)

Herr Blechschmidt, zu Ihnen komme ich auch noch. Ich dachte immer, Sie wären ein zwar etwas rückwärtsgewandter, aber immerhin aufgeklärter internationaler Sozialist.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Ihre Meinung ist nicht die einzige!)

Jetzt stellen Sie sich hier mittlerweile hin und hetzen nationalistisch über die Polen, über die Ungarn, über die Türken. Haben Sie Ihre Staatsbürgerkunde nicht mehr im Kopf? Wieso ziehen Sie über andere Länder her, wenn Sie am Rednerpult stehen?

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: So ist das! Genau so ist das!)

Purer Nationalismus von hier vorne, das ist mit uns nicht zu machen. Werden Sie mal vernünftig, Herr Blechschmidt. Und für jemanden, der wahrscheinlich noch vor einigen Jahren zu seinem Pflichtprogramm Karl-Eduard von Schnitzler gezählt hat, auf Knien das wahrscheinlich abends immer empfangen hat, für den haben Sie eine ganz schöne dicke Backe geschwungen hier vorne. Das will ich Ihnen mal sagen. Dann sind wir uns doch wohl einig, dass in allen Rundfunkstaatsverträgen ein Kündigungsrecht drinsteht. Oder nicht? Das steht drin.

(Beifall AfD)

Und warum soll ein Kündigungsrecht drinstehen, wenn man es nicht ausüben darf? Weil es dann ketzerisch sein soll? Es steht natürlich drin, dass man kündigen kann. Und, Herr Wucherpfeffig, da muss ich Ihnen widersprechen, Kündigungen sind nun mal nie konsensual. Kündigungen sind – die ein oder andere Hobbyjuristin aus der Linksfraktion wird das vielleicht auch noch wissen – einseitige empfangsbedürftige Willenserklärungen. Da geht es nicht um Konsens, da geht es um eine Kündigung, dass ich das beende, was ich will. Deshalb geht es auch nicht um Konsens und hier wird gekündigt und genau das ist in den Verträgen vorgesehen und so wird es gemacht.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, wir haben in Deutschland ein duales Rundfunksystem, einmal den sogenannten öffentlich-rechtlichen Bereich und einmal den Bereich der sogenannten privaten Anbieter. Beide Säulen dieses Systems stehen in einem Wechselverhältnis. Das ergibt sich aus Artikel 5 Grundgesetz, den Landesverfassungen und insbesondere den Rundfunkurteilen des Bundesverfassungsgerichts. Danach kommt den öffentlich-rechtlichen Sendern der Auftrag zu, die sogenannte Grundversorgung zu gewährleisten. Und Grundversorgung meint dreierlei: nämlich erstens, dass die öffentlich-rechtlichen Programme allgemein flächendeckend empfangen werden können – das ist, denke ich mal, gewährleistet –, zweitens, dass sie einem inhaltlichen Standard genügen und ein Vollprogramm senden – das ist nicht mehr der Fall –, und drittens, dass dabei die Meinungsvielfalt sichergestellt werden muss – das ist auch nicht mehr der Fall –. Die Grundversorgung ist aber zu gewährleisten, denn sie ist die Begründung dafür, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit erheblichen Privilegien ausgestattet sind, namentlich dem Finanzierungsprivileg – Stichworte „GEZ“ und „Zwangsbeitrag“. Die privaten Anbieter hingegen müssen sich hauptsächlich über Werbung finanzieren. Die Zwangsabgabe, die den Öffentlich-Rechtlichen zufließt, beschert den Anstalten jährlich viele Milliarden Euro, im Jahr 2015 über 8 Milliarden Euro, das ist fast so viel, wie der gesamte Haushalt von Thüringen umfasst, der für Tausende Polizisten und Lehrer und so was alles vorsorgt, das alleine fließt in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Weil er so gemästet wird, ist ihm eine fortgesetzte Expansion immanent, verbunden mit steigenden Ausgaben und entsprechend steigenden Zwangsgebühren, die auch beschönigend „Rundfunkbeiträge“ genannt werden; eigentlich ist es nichts anderes als eine Wohnungssteuer. Jeder, der in Deutschland irgendwo wohnt, muss das bezahlen. Da wird nicht gefragt, ob ich das will oder nicht, es ist eine Wohnungssteuer. Diese Expansion – Herr Blechschmidt ist darauf eingegangen – des öffentlich-rechtlichen Bereichs findet statt, weil der verfassungsrechtliche Rundfunkbegriff zu weit und zu unbestimmt ist. Die Grenzen der Grundversorgung sind darüber hinaus unklar. So wundert es nicht, dass sich die Öffentlich-Rechtlichen immer weiter krakenhaft ausgedehnt haben – 3Sat, ARTE, Phoenix sind nur drei Beispiele. Es gibt noch viele andere oder Spartensender, die gegründet oder auch wieder zugemacht wurden. Neuerdings erfolgt auch eine Expansion ins Netz, also ins Internet, mit dem unsäglichen „Jungen Angebot“ von ARD und ZDF, wo das Programm für Demokratie, Toleranz und Gedöns bei Ihnen wahrscheinlich teilweise auch Regie führt. Den Eindruck hat man jedenfalls.

(Beifall AfD)

Diese Einrichtung des Jungen Angebots zeigt exemplarisch, wie so was läuft im öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland, nämlich nach dem Motto: „Steter Tropfen höhlt den Stein.“ Zunächst versuchte nicht etwa die AfD, sondern die KEF – die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, also eine Art Finanzaufsicht – dem Ausgreifen der Öffentlich-Rechtlichen ins Netz entgegenzuwirken. Auch aus rechtlicher Sicht, der Herr Blechschmidt hat das am Rande angesprochen, ist es ja nicht ganz unproblematisch, dass die Öffentlich-Rechtlichen sich plötzlich ins Internet ausdehnen. Mit der gleichen Begründung könnten sie sich auch in die Druckpresse ausdehnen, auch das wird ja teilweise über Journalistenschulen und so schon angedacht. Also da ist einiges im Gange. Genützt haben die Proteste der KEF genauso wenig wie die rechtlichen Einwendungen. Die Öffentlich-Rechtlichen haben sich inzwischen voll auf die sogenannte Trimedialität eingerichtet und wollen damit nun YouTube, Facebook und Co. Konkurrenz machen.

Dieser Sender- und Programmexpansion auf der einen Seite entspricht auf der anderen Seite nicht allein eine unaufhaltsame Kostensteigerung mit entsprechenden Erhöhungen der Zwangsabgabe. Vielmehr entspricht ihr insbesondere ein Prozess der Kommerzialisierung und inhaltlichen Anpassung und Anbiederung an die Privaten sowie der massive Verlust – und dazu komme ich gleich noch – der Meinungsvielfalt und objektiven Berichterstattung. Beide Entwicklungen stehen aber – ich habe das eingangs ausgeführt – den Aufträgen, also auch der Grundversorgung, diametral entgegen.

Schauen wir auf die Kommerzialisierung oder auch die Selbstkommerzialisierung der Öffentlich-Rechtlichen. Hierzu gibt es ein Gutachten der Bundestagsfraktion der Linkspartei, die hat das in Auftrag gegeben. Das hat den Titel „Öffentlich-rechtlicher Rundfunk zwischen Wettbewerb und Kultur“ und sieht – Herr Blechschmidt – den Kommerzialisierungstrend durchaus kritisch, das in diesem Falle zu Recht, wie ich meine. Ich zitiere mal ein bisschen aus dem Gutachten, es ist nicht viel: „Die Suche nach dem dritten Weg, zwischen Qualität und Quote, ist vorläufig entschieden. Allerdings zugunsten der massenkompatiblen Verramschung von Sendezeit an qualitativ minderwertige Serien, effekthaschende Shows und abendfüllende ‚Familiensendungen‘“ – Ende des Zitats aus dem Gutachten der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. Die Folge der so beschriebenen Kommerzialisierung besteht nun darin, dass die Bildungssendungen und die kulturellen Inhalte ganz an den Rand gedrängt und zu abwegigsten Sendezeiten, meist so um Mitternacht, gesendet oder gebracht werden. Zur Hauptsendezeit hingegen laufen Serien, Spielfilme, Ratespielchen, meist auf Kleinkindniveau, bei denen man einen Teil der Zwangsabgaben zurückgewinnen kann, und es gibt komische Verbrauchertestserien, deren tieferer Sinn sich eigentlich keinem erschließt.

(Beifall AfD)

Diese ganzen Sachen, also diese Kleinkindniveau-Ratesendungen und so was, sind natürlich wesentlich besser im Privatfernsehen aufgehoben, die können das besser, machen es billiger, da kostet es nämlich nichts. Mit anderen Worten: Durch die Kommerzialisierung der Öffentlich-Rechtlichen gleichen sich diese immer mehr an die Privatsender an. Im Unterhaltungsbereich hecheln sie den Privaten gerade zu hinterher, auf niedrigem Niveau. Und damit geben sie genau die Rolle preis, meine Damen und Herren, die ihnen in dem dualen Rundfunksystem, also dem System zwischen Privaten und Öffentlich-Rechtlichen, zukommt und die maßgeblich das Finanzierungsprivileg rechtfertigt. Also, wenn sich die Öffentlich-Rechtlichen nur noch durch ihre Privilegien und nicht mehr durch ihr Programm von den Privaten unterscheiden, dann geben sie ihre Existenzberichtigung von selbst auf. Und genau das ist bereits geschehen.

(Beifall AfD)

Zum Verlust der Ausgewogenheit und Objektivität, also der Meinungsvielfalt im öffentlichen Rundfunk auch noch ein paar Worte. Diese Problematik hängt nicht ursächlich mit der Expansion zusammen, läuft aber in weiten Teilen damit parallel. Über das Phänomen wird in den letzten Jahren nicht nur von der AfD, sondern eigentlich flächendeckend viel gesprochen und es ist auch Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen.

Längst ist unstrittig – das ist keine AfD-Empfindung –, dass die Öffentlich-Rechtlichen eine erschreckende Meinungskonformität und Monokultur verbreiten und repräsentieren und im schlechtesten Sinne, meine Damen und Herren, meinen, einen Volksbildungsauftrag zu haben. Es gibt hier, also in den Öffentlich-Rechtlichen, einen nahezu einheitlichen Meinungsstrom, der sich selbst als sakrosankt begreift und mit dem Anspruch auftritt und antritt, die für Deutschland allein maßgebliche Position darzustellen und zu senden. Und dieser vermeintliche Anspruch bewegt sich dann, nicht zufällig, mit dem Selbstverständnis der Altparteienpolitik im Gleichschritt. Denn der öffentlich-rechtliche Nachrichtenjournalismus ist von den Altparteien, und zwar von allen Altparteien, durchdrungen. Er sitzt mit der Politik aller Regierungskonstellationen – bekanntlich kann ja von Ihnen jeder mit jedem, alles und immer – einträchtig in einem Boot und verkündet von dort aus dem Volk, was es zu glauben hat, was wichtig ist und vor allem, was es für richtig zu halten hat.

Jetzt sehe ich gleich, also zwei Redner waren ja schon dran, glaube ich, zwei kommen noch, dass uns vielleicht der eine oder andere wieder den Ausdruck „Lügenpresse“ vorwerfen wird. Aber achten Sie mal drauf, den Ausdruck verwende ich selbst eigentlich gar nicht. Das machen Sie, das macht der Herr Carius gern, Herr Ramelow macht es gern, der ist gerade auf der Flucht, habe ich gesehen, Herr Hoff macht es gern, aber der Ausdruck „Lügenpresse“ ist eigentlich eine Erfindung von Ihnen allen.

(Beifall AfD)

Sie haben mal zwei, drei Worte aufgegriffen, wo das gefallen ist, weiß ich nicht, und nudeln das immer wieder runter.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Ihr macht das doch!)

Von den ordentlichen Medienpolitikern der AfD haben Sie diesen Begriff garantiert noch nicht gehört. Vielleicht hören wir uns mal an, was der kürzlich frisch ausgekungelte Bundespräsidentenkandidat, also Herr Steinmeier, dazu sagt. Ich lese mal vor, was der vor zwei Jahren festgestellt hat: „Es gibt eine erstaunliche Homogenität in deutschen Redaktionen, wenn sie Informationen gewichten und einordnen. Der Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten scheint mir ziemlich hoch.“ Und das, meine Damen und Herren, was hier Herr Steinmeier erstaunlich knallhart feststellt, gilt gerade auch für die Öffentlich-Rechtlichen. Die sind an Einseitigkeit und Bevormundungsattitüde nicht zu überbieten. Ich verweise nur auf dieses Beispiel, was Herr Höcke gerade genannt hat, diese unrühmliche Berichterstattung über den Mord in Freiburg, über den mutmaßlichen Mord und die mutmaßliche Vergewaltigung eines sogenannten Flüchtlings, der wegen Merkel nach Deutschland gekommen ist. Vertuscht wurde es im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Ehrenmorde kommen kaum vor, brennende und hinter Autos her geschleifte Ehefrauen kommen nicht vor, da fallen einem noch viele Sachen ein. In vorauseilendem Gehorsam zu Mutti Merkel und Consorten hielt es die „Tagesschau“ wegen angeblich fehlender überregionaler Relevanz für nicht berichtenswert. Demgegenüber, wenn Sie mal an Clausnitz denken, da wackelte ein Bus. Im Februar 2016 tagelang beim Staatsfunk kaum anderes zu hören als diese angeblichen Krawalle und rassistischen Übergriffe in Clausnitz von weltweiter Bedeutung aus Sicht der Öffentlich-Rechtlichen. Da wurde berichtet. Morde, Ehrenmorde, brennende Ehefrauen finden leider gar keine Erwähnung.

(Beifall AfD)

In diesem einen Fall, was Freiburg angeht, ist das widerliche Manöver der Öffentlich-Rechtlichen im Gleichschritt mit den Altparteien aufgefliegen. Aber viel zu oft und wahrscheinlich hundertfach oder sogar tausendfach – ich sage nur: Kölner Silvester – wird die Masche eben nicht auffliegen. Die Zuschauer werden durch Verfälschung oder Weg- oder Unterlassung falsch informiert und an der Nase herumgeführt. Die Öffentlich-Rechtlichen wollen Bevormunden und Meinungen machen. Deshalb werden zunehmend nur bestimmte gewünschte Tatsachen und Meinungen präsentiert.

(Beifall AfD)

Genau das aber widerspricht dem Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen. Es ist daher Zeit, dieses System einer Kernsanierung zu unterziehen. Dabei geht es nicht zuvorderst um die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – das haben Sie nicht ganz verstanden –, sondern er muss kernsaniert und drastisch verkleinert und wesentlich kostengünstiger werden, um seinen eigentlichen Kernaufträgen wieder nachzukommen, anstatt niveaulose Massenware zu präsentieren. Ein öffentlicher Rundfunk, der keinen Journalismus alimentiert, der die Leute im Lande bevormundet und wie Deppen behandelt. Wir wollen Pluralismus und Meinungsvielfalt, wir wollen nicht Mittelverschwendung – Frau Präsidentin, ich bin sofort fertig – und keine quasi-staatliche einseitige Propaganda. Mit der Kündigung der Rundfunkstaatsverträge machen wir den Weg frei für einen Neuanfang und wir hoffen, dass Sie uns nach dieser tollen Rede von mir folgen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Das war mal wieder nichts!)